
Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 17. August 2004 Nr. 4946

Interpellation

Interpellation Susi Tapernoux: Neubesetzung der Kulturbeauftragten-Stelle; schriftlich

Susi Tapernoux und 29 Mitunterzeichnende reichten am 18. Mai 2004 eine Interpellation betreffend „Neubesetzung der Kulturbeauftragten-Stelle“ ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1. Die Stelle eines Kulturbeauftragten ist in der Stadtverwaltung als Halbamt in den frühen 80er Jahren geschaffen worden, damals gegen erhebliche Skepsis und Widerstand aus dem Gemeinderat. Mit dem Amtsantritt des heutigen Stelleninhabers im Jahre 1991 ist das Halbamt zu einem Vollpensum erweitert worden. Der Kulturbeauftragte ist seinerzeit in die Stadtkanzlei eingegliedert worden, nicht zuletzt, weil der Stadtkammann damals noch nicht über ein eigentliches Abteilungssekretariat verfügte. Mit der Verwaltungsreform 2005 wechselt das Amt des Kulturbeauftragten von der Stadtkanzlei in das Direktionssekretariat Inneres und Finanzen und damit in den direkten Verantwortungsbereich des Stadtpräsidiums. Als weitere Folge der Verwaltungsorganisation 2005 wird der Kulturbeauftragte in Zukunft als eine von vier Amtsstellen in der Stadtverwaltung zur Fachstelle. Als Fachstellen werden Organisationseinheiten der Stadtverwaltung bezeichnet, deren Aufgaben von besonderer Bedeutung sind und deshalb nach aussen sichtbar gemacht werden sollen.

2. Der heutige Kulturbeauftragte beabsichtigte ursprünglich von der Möglichkeit der vorzeitigen Pensionierung Gebrauch zu machen und auf Ende September 2004 in den Ruhestand zu treten. Auf Wunsch des Stadtpräsidenten erklärte er sich bereit, teilzeitlich weiterzuarbeiten bis längstens Mitte 2005. Sein Pensum in dieser Übergangszeit wird 50 % betragen. In der täglichen Arbeit wird er unterstützt durch einen befristet angestellten Mitarbeiter. Diese budgetneutral beschlossene Übergangslösung ermöglicht es, die Wahl der künftigen Person des Kulturbeauftragten dem Stadtrat der nächsten Amtsdauer zu überlassen, womit



namentlich die neue Stadtpräsidentin bzw. der neue Stadtpräsident die Federführung beim Auswahlverfahren wird übernehmen können. Die Stelle wird öffentlich ausgeschrieben.

3. Ob und in welcher Weise die Fachstelle für Kultur dauernd personell verstärkt werden muss, wird nach der Neupositionierung im Direktionssekretariat Inneres und Finanzen und nach der Wahl der künftigen Person des Kulturbeauftragten in Berücksichtigung erster Erfahrungen mit den organisatorischen und personellen Änderungen zu beurteilen sein. Im Budgetentwurf des Stadtrates für 2005 werden deshalb keine zusätzlichen Mittel für diesen administrativen Bereich eingesetzt.

4. Der Budgetvollzug liegt nach städtischem Finanzrecht primär bei den Dienststellen. Sie entscheiden im Rahmen der Budgetbeschlüsse selbständig über die Verwendung der Kredite. Eine der wenigen Ausnahmen von diesem Grundsatz betrifft die drei Sammelkonten im Bereich der Kulturförderung, nämlich die Förderung des aktuellen Kulturschaffens, die Unterstützung von Veranstaltungen und die Unterstützung von Frauenprojekten, mit einem Kreditvolumen von insgesamt CHF 520'000.– gemäss Voranschlag 2004. Während in andern Städten die Ausgabenkompetenzen nach Ausgabenhöhe abgestuft auf die zuständige Verwaltungsstelle (Kulturbeauftragter), den politischen Vorgesetzten und die Kollegialbehörde verteilt sind, entscheidet in St.Gallen in aller Regel der Stadtrat. Lediglich Beiträge unter CHF 1'500.– fallen in die Kompetenz des Kulturbeauftragten. Der Stadtpräsident hat keinen eigenen Entscheidungsbereich.

Die in einem Stadtratsreglement festgelegte Kompetenzaufteilung ist primär historisch zu erklären. Mit der Schaffung einer Kulturbeauftragtenstelle betrat die Stadt vor noch nicht allzu langer Zeit Neuland. Die Lösung hat sich aber für den kulturellen Bereich in der Praxis bewährt. Der Stadtrat hat sich wöchentlich mit Kulturanliegen zu befassen und bleibt damit am Puls des kulturellen Geschehens. Die Beitragsempfänger andererseits wissen, dass sich nicht lediglich eine Verwaltungsstelle mit ihrem Anliegen befasst hat, sondern die politisch verantwortliche Kollegialbehörde. Dank Standardisierung der Stadtratsanträge hält sich der Zusatzaufwand in Grenzen. Der Stadtrat sieht deshalb keine substantielle Änderung der geltenden Kompetenzordnung vor. In Analogie zur Anpassung der Kreditgrenzen mit der neuen Gemeindeordnung soll aber der selbständige Entscheidungsbereich des Kulturbeauftragten der Teuerung angepasst werden.

5. Die Kommission für Kulturförderung ist kulturell interdisziplinär zusammengesetzt, indem die neun Mitglieder aus verschiedenen Kulturgattungen wie Literatur, Musik oder bildende Kunst stammen oder spezifische Kenntnisse in einzelnen Bereichen haben. Diese Kommission verfügt daher über die in der Interpellation angesprochene Vernetzung. Die Kul-



turförderungskommission macht dem Stadtrat Vorschläge für die Verleihung des vierjährigen Kulturpreises der Stadt St.Gallen, der jährlichen kulturellen Anerkennungs- und Förderungspreise sowie über Werkbeiträge. Gemäss geltendem Reglement könnte der Stadtrat der Kulturförderungskommission weitere Aufgaben übertragen. Die Kommission ist aber mit ihrem derzeitigen Aufgabenkatalog bereits stark ausgelastet. Dabei ist zu bedenken, dass ihre Mitglieder nicht nur die Sitzungen zu besuchen haben, sondern sich als Jury-Mitglieder auch intensiv mit den Bewerbungen um Werkbeiträge auseinandersetzen müssen und als Voraussetzung für die Auswahl von Kulturpreisträgern das kulturelle Geschehen in der Stadt aufmerksam verfolgen müssen, was alles einen beträchtlichen Zeitaufwand erfordert. Mit Blick auf die persönlichen Voraussetzungen und die zeitlichen Anforderungen an die Kommissionsmitglieder ist bei Vakanzen die Suche nach neuen Mitgliedern deshalb schon beim heutigen Aufgabenkreis nicht einfach.

Bewährt hat sich hingegen zur breiteren Abstützung kulturpolitischer Entscheide das Instrument der ad hoc-Kommissionen für Einzelprojekte, wie es beispielsweise vor kurzem mit der Einsetzung einer Wettbewerbsjury für das Palace zum Zuge kam. Schliesslich macht der Kulturbeauftragte auch von der Möglichkeit Gebrauch, zur Qualitätsbeurteilung von Projekten verwaltungsexterne Fachleute beizuziehen.

6. Die beiden kulturellen Abstimmungsniederlagen der letzten Zeit (Mummenschanz Theater, Umzonung für einen Erweiterungsbau des Kunstmuseums) sind weniger auf eine mangelnde Vernetzung des Kulturbeauftragten mit der Kulturszene zurückzuführen als vielmehr auf die Uneinigkeit der Kulturszene selber: bei beiden Vorhaben waren von Anfang an gegnerische Stimmen aus der Kulturszene selber prominent vertreten. Bei Sportvorlagen hingegen ist eine grosse Solidarität über alle Sportarten hinweg auszumachen.

7. Vergleiche von Kulturausgaben einzelner Städte sind mit grosser Vorsicht aufzunehmen, weil sie nicht selten auf unterschiedlichen und unvollständigen Grundlagen beruhen. Das gilt auch für den in der Interpellation erwähnten Zahlenvergleich. Für den Kulturbericht 2001 ist eine vertiefte Analyse der drei ähnlich grossen Städte Luzern, Winterthur und St.Gallen vorgenommen worden. Ihre Ergebnisse dürften im Wesentlichen auch heute noch gültig sein. Demnach bewegen sich die Kulturausgaben von Winterthur und St.Gallen auf einem ähnlichen Niveau. Jene der Stadt Luzern sind deutlich höher. Der wichtigste Grund liegt darin, dass das Luzerner Theater wesentlich weniger Beiträge des Kantons erhält als das Theater St.Gallen. Wie wenig Zahlen über das tatsächliche Kulturangebot aussagen, belegt die Tatsache, dass die Stadt Zürich pro Kopf der Bevölkerung weit weniger Geld für Kultur ausgibt als die drei genannten Vergleichsstädte.



Auch ein Vergleich der Kulturausgaben mit anderen st.gallischen Gemeinden ist aufschlussreich. Gemäss Gemeindefinanzstatistik betrugen die Nettoausgaben pro Kopf der Bevölkerung im Jahr 2002 in der Stadt CHF 247.–, im Durchschnitt aller Gemeinden CHF 108.–, in Mörschwil CHF 84.–, in Steinach CHF 54.–. Dieser Vergleich zeigt, dass die Stadt St.Gallen immer noch kulturelle Lasten für die ganze Region trägt, und dass deshalb die im Finanzausgleich vorgesehene Entlastung der Stadt im Bereich der Zentrumslasten vordringlich umgesetzt werden muss.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation Susi Tapernoux vom 18. Mai 2004

